



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Investitionen in Infrastruktur für Familien – ein Motor für inklusives Wachstum

Monitor Familienforschung

Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik

Ausgabe 36

Inhalt

Editorial.....	3
1. Einleitung.....	4
2. Chancen durch Investitionen in eine wirkungsorientierte Familien- und Gesellschaftspolitik.....	6
3. Wirkungen einer guten Infrastruktur für Familien.....	14
4. Renditen von Investitionen für Familien	17
5. Fazit: Inklusives Wachstum als Strategiepfad.....	19
6. Literatur.....	21

Abbildungen

Abbildung 1: Familienpolitik und Wachstum (stilisierte Zusammenhänge)	8
Abbildung 2: Entwicklung der ausgeübten Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen 2006 und 2015 nach wöchentlichem Erwerbsumfang und Alter des jüngsten Kindes bis unter drei Jahren, in Prozent	9
Abbildung 3: Entwicklung der ausgeübten Erwerbstätigkeit von Müttern in Partnerschaft mit jüngstem Kind unter 18 Jahren im Haushalt nach wöchentlichem Erwerbsumfang, 2006–2015, in Prozent	10
Abbildung 4: Durchschnittliche tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeiten von erwerbstätigen Müttern mit jüngstem Kind unter acht Jahren, 2015	10
Abbildung 5: Ansatzpunkte einer lokalen Familienzeitpolitik	14
Abbildung 6: Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit dem Schuleintritt des Kindes	16

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der öffentlichen Debatte in Deutschland und anderen europäischen Ländern wird immer wieder die Forderung nach mehr öffentlichen und privaten Investitionen erhoben. Zuletzt hat eine namhaft besetzte Expertenkommission des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in ihrem Bericht zur Auflösung des Investitionsstaus Vorschläge gemacht.¹ Darin werden auch Investitionen in die Infrastruktur für Familien genannt.



Wir wissen: Zukunftsorientierte Familienleistungen, die Väter und Mütter individuell und gemeinsam wirtschaftlich stärken, stabilisieren Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt, jetzt und auf Dauer. Das bestätigt auch der jüngste Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums. Die erheblichen positiven gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Auswirkungen einer zukunftsweisenden Familienpolitik zeigen sich vor allem beim Elterngeld und beim Ausbau der Kinderbetreuung mit ihrer nachgewiesenen Steigerung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern. Für Wachstum wie für Gerechtigkeit ist wichtig, dass sich die Einkommen von Männern und Frauen angleichen und dass Bildungs- und Aufstiegschancen von allen Kindern und Eltern wahrgenommen werden können.

Ganz unabhängig von wirtschaftlichen Erwägungen: Wenn die Menschen in Deutschland nach dem wichtigsten Lebensbereich gefragt werden, steht an erster Stelle ihre Familie. Familien sind der Ort, wo Entscheidungen für Kinder fallen, wo Kinder leben und erzogen werden. Eltern heranwachsender Kinder sind als geforderte Generation zudem die Aktivsten, was freiwilliges, soziales Engagement angeht. Für das weitere Gelingen des sozialen Zusammenhalts in Deutschland sind stabile Familien daher wesentlich.

Welche Rolle können und sollten also Investitionen für Familien spielen? Wie können familienbezogene Investitionen zu einer guten ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen? Wie können wir die Potenziale der „Vereinbarkeitsrenditen“ für Mütter und Väter heben?

Expertinnen und Experten haben auf Einladung des Bundesfamilienministeriums gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium diese Fragen und den Gewinn einer investiven Familienpolitik in einem Zukunftsgespräch „Investitionen in Familie“ diskutiert. Sie sind Gegenstand dieses „Monitors Familienforschung“ – ich wünsche eine interessante Lektüre!



Dr. Ralf Kleindiek,
Staatssekretär
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

¹ Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter dem Vorsitz von Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident DIW Berlin.

1. Einleitung

Auf den ersten Blick geht es Deutschland ökonomisch gut. Prognosen der Fachverbände und wissenschaftlichen Institute sprechen von stabilem wirtschaftlichen Wachstum. Noch dieses Jahr wird ein Beschäftigungsrekord erwartet mit über 44 Mio. erwerbstätigen Personen. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse werden weiter zu-, Befristungen und Minijobs abnehmen.²

Auf den zweiten Blick bestehen jedoch große Herausforderungen für die Zukunft. So sind trotz der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Mini- und Teilzeitjobs mit niedriger Produktivität und geringer Entlohnung noch weit verbreitet.³ Mütter sind in diesen Beschäftigungsverhältnissen überproportional vertreten. 20 Prozent aller – ganz überwiegend weiblichen – Alleinerziehenden sind langzeitarbeitslos. Zugleich wächst der Fachkräftemangel und vergrößert die Geschäftsrisiken vieler Branchen. Als markante Bremse für Wachstum und Beschäftigung sind weiterhin Investitionsschwächen von Staat und Unternehmen ausgemacht. Geeignete Gegenmaßnahmen hat die Expertenkommission des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in ihrem Bericht zur Auflösung des Investitionsstaus vorgeschlagen, darunter: Investitionen in die Infrastruktur für Familien.⁴

Leitbild einer inklusiven Wachstumsstrategie ist es, ökonomische und soziale Entwicklung zusammen zu betrachten. Die Erträge einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung sollen allen Menschen in gerechter Weise zugutekommen; das liegt auch im Interesse von Politik und Wirtschaft, denn steigende Ungleichheit bremst wirtschaftliches Wachstum. Sie schwächt Zukunftsoffenheit, Leistungsbereitschaft und Innovationsfähigkeit. Einer sicheren Zukunft der Familien als soziale Mitte kommt eine bedeutende Rolle zu. Im vergangenen Jahrzehnt sind in der Familienpolitik bemerkenswerte Erfolge erzielt worden, die national und international gewürdigt werden.⁵

Zielsetzung dieses Monitors Familienforschung ist es, den spezifischen Beitrag von Investitionen in Infrastruktur für Familien für Wohlstand und Wachstum zu verdeutlichen. Grundlage sind Erkenntnisse, die auch Gegenstand eines Workshops waren, den das Kompetenzbüro Wirksame Familienleistungen für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen einer Reihe von Zukunftsgesprächen durchgeführt hat. Teilgenommen haben Führungskräfte aus den Bundesressorts Familie, Wirtschaft, Finanzen und des Bundeskanzleramts, ausgewiesene Expertinnen und Experten des ZEW, IW Köln, DIW, IAB, WZB, DJI und der Universitäten Mannheim und Passau sowie Führungskräfte der BDA, des DIHK sowie

2 Johann Fuchs, Markus Hummel, Christian Hutter etc. (2017): Der Arbeitsmarkt stellt neue Rekorde auf. In IAB Kurzbericht 9/2017.

3 Johann Fuchs, Markus Hummel, Christian Hutter etc. (2016): Arbeitslosigkeit sinkt weiter. In IAB Kurzbericht 20/2016.

4 Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter dem Vorsitz von Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident DIW Berlin.

5 OECD (2016): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris.

des ZDH. Der Aufbau dieses Monitors folgt der Anlage dieses Workshops und gibt die dort diskutierten Ergebnisse wieder.

Nachfolgend werden im zweiten Kapitel zunächst die Chancen der Investitionen in wirkungsorientierte Familienpolitik erläutert. Das dritte und vierte Kapitel erörtern die Wirkungen einer guten Infrastruktur für Familien und die Renditen, die sich aus den Investitionen in die Infrastruktur ergeben. Das fünfte Kapitel schließt mit einem Fazit und Ausblick.

2.

Chancen durch Investitionen in eine wirkungsorientierte Familien- und Gesellschaftspolitik

Inklusives Wachstum entspricht den Traditionen der sozialen Marktwirtschaft, die Lebenschancen für alle mit einer fairen Teilhabe an erarbeitetem Wohlstand als wesentlichen Erfolgsgaranten vorsieht. Investitionsschwächen von Staat und Unternehmen gefährden diesen Pfeiler unserer Wirtschaftsordnung. Gezielte Investitionen in Familie sind Teil einer Strategie, die Zukunft sichern will. Damit weist die Familienpolitik auch enge Bezüge zur Wirtschaftspolitik auf.

Familienpolitik ist Wachstumspolitik⁶

Es besteht ein unmittelbarer Konnex zwischen dem familienpolitischen und dem wachstumspolitischen Referenzsystem. Die Variablen beider Systeme weisen gemeinsame Schnittmengen auf und können aufeinander bezogen werden.

Hier sind zum einen die familienpolitischen Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik mit ihren vielfältigen Schnittstellen zu nennen: das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit seinem Wirkungsbezug zum Arbeitsmarkt, das Ziel einer guten Entwicklung von Kindern mit dem Bezug zur Bildung, das Ziel der wirtschaftlichen Stabilität von Familien mit seinem Bezug zur Familienförderung als Teil einer Sozialpolitik und mit dem Ziel, Kinderwünsche erfüllbar zu machen mit allen Bezügen zur demografischen Entwicklung.

Dieser Zielkanon wurde in der laufenden familienpolitischen Legislatur durch die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben für Mütter und Väter erweitert. Die familienpolitischen Zieldimensionen werden mit einem Instrumentendreiklang aus Geld, Infrastruktur und Zeit verfolgt.

⁶ Dieser Abschnitt beruht auf Ausführungen von Dr. Hans-Peter Klös (IW Köln), aufbereitet in: Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030 (Langfassung unter https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/160928_Langfassung_Zukunftsreport_Familie_2030_final.pdf, letzter Abruf am 15.03.2017).

Dem wachstumspolitischen Referenzsystem liegen die folgenden drei Wachstumsfaktoren zugrunde:

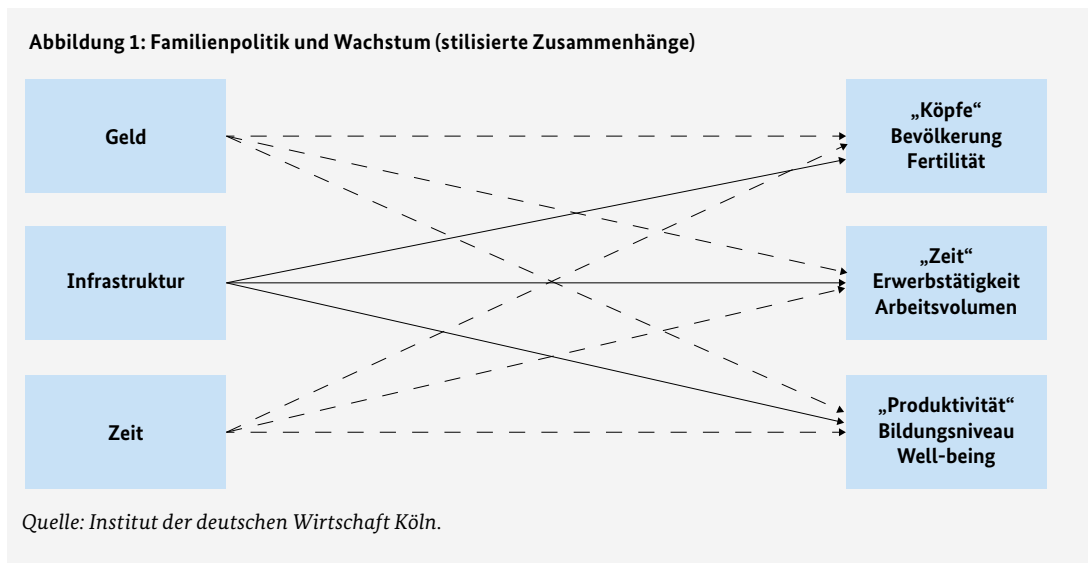
- Das Humanpotenzial, aus dem die Fachkräftebasis für die arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesse geschöpft werden kann, ergibt sich aus der Zahl der Erwerbstätigen („Köpfe“),
- der von ihnen geleisteten Arbeitszeit („Zeit“) sowie
- ihrer stunden- oder kopfbezogenen Arbeitsproduktivität („Produktivität“).

Will eine Volkswirtschaft den Folgen einer demografisch vorgegebenen Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung mit ihren möglicherweise nachteiligen Folgen für die Wirtschaftsleistung begegnen, kann sie deshalb grundsätzlich versuchen, die Zahl der Erwerbstätigen, das von ihnen geleistete Arbeitsvolumen sowie ihre Arbeitsproduktivität zu erhöhen.

Mit Blick auf dieses Referenzsystem für Wachstumsvorsorge kommt der Familienpolitik hohe Bedeutung zu, denn sie vermag auf alle drei Sicherungspfade positiv einzuwirken:

- Familienpolitische Leistungen und Maßnahmen können die Zahl der „Köpfe“ erhöhen, indem sie Rahmenbedingungen schaffen, die jungen Paaren die Entscheidung für das erste Kind und weitere Kinder erleichtern.
- Familienpolitische Leistungen und Maßnahmen können sich positiv auf den Faktor „Zeit“ auswirken, indem sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und es so Personen mit Familienverantwortung und hier insbesondere Müttern ermöglichen, im gewünschten Umfang erwerbstätig zu sein.
- Schließlich kann Familienpolitik auch die „Produktivität“ steigern, indem sie im Rahmen der frühkindlichen Bildung ein solides Fundament für die Kompetenzentwicklung junger Menschen legt.

Auf der instrumentellen Ebene zeigt sich also, dass zwischen dem familienpolitischen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur und dem wachstumspolitischen Zieldreieck Köpfe, Zeit und Produktivität Ziel-Mittel-Beziehungen bestehen. So ist etwa der Ausbau der Kinderbetreuung finanziell äquivalent zu monetären Transfers zum Zukauf von Betreuung durch die Familien. Gleichzeitig schafft der Ausbau der Infrastruktur auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Zeitverwendungen (vgl. Abbildung 1). In der Abbildung sind die Pfeile von Geld und Zeit auf die Wachstumsfaktoren nur gestrichelt dargestellt, weil die Infrastruktur in diesem Monitor den zentralen Betrachtungsgegenstand darstellt.



Erwerbstätigkeit und -wünsche von Müttern

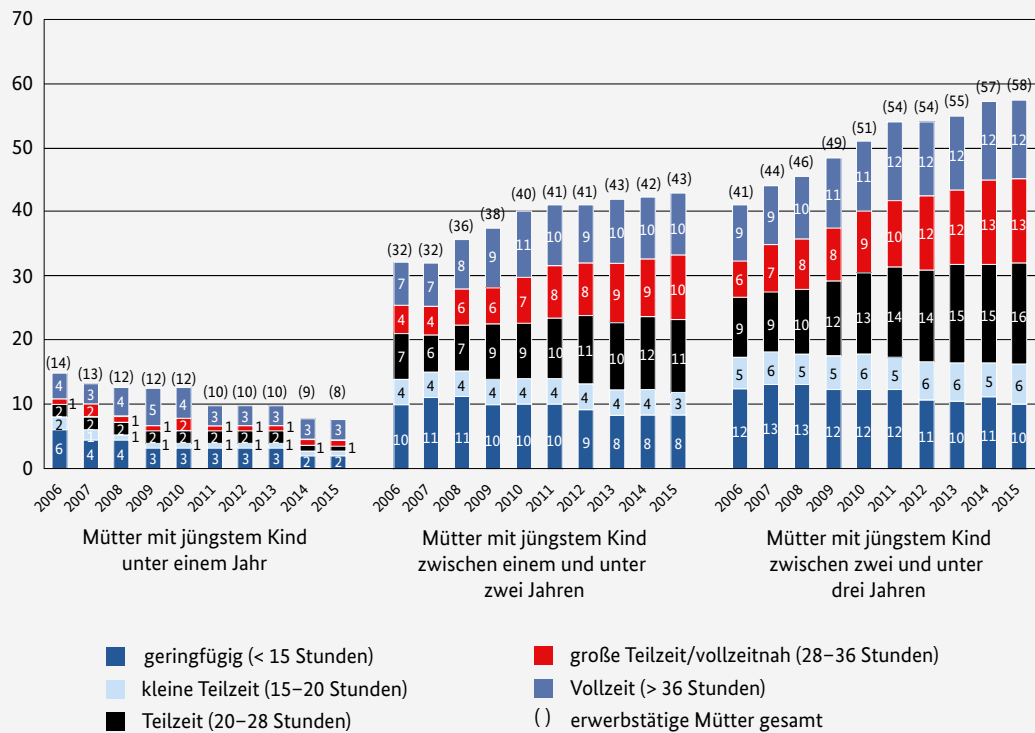
Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbstätigenzahlen und zur Fachkräftesicherung, die sich auf die Potenzialgruppe der Mütter beziehen, sind laut den Expertinnen und Experten überdurchschnittlich schnell wirksam und mit einem hohen Mobilisierungs- und Wachstumspotenzial versehen.⁷ Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass sie aufgrund von Familienaufgaben ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder deutlich einschränken.

Hier zeigte sich in den letzten Jahren ein positiver Trend. Die Erwerbstätigenquote der Mütter stieg 2015 auf 67 Prozent, nachdem sie 2006 noch bei 60 Prozent gelegen hatte⁸. Besonders ausgeprägt ist die Zunahme bei Müttern mit Kindern zwischen einem und zwei bzw. zwei und drei Jahren; hier lag die Quote 2015 bei 43 bzw. 58 Prozent, was einem Anstieg gegenüber 2006 von 11 bzw. 17 Prozentpunkten entspricht (siehe Abbildung 2).

⁷ Experten-Delphi des ZEW im Auftrag des BMAS (2014).

⁸ Berechnung Prognos AG auf Basis der Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006.

Abbildung 2: Entwicklung der ausgeübten Erwerbstätigkeit von Müttern zwischen 2006 und 2015 nach wöchentlichem Erwerbsumfang und Alter des jüngsten Kindes bis unter drei Jahren, in Prozent



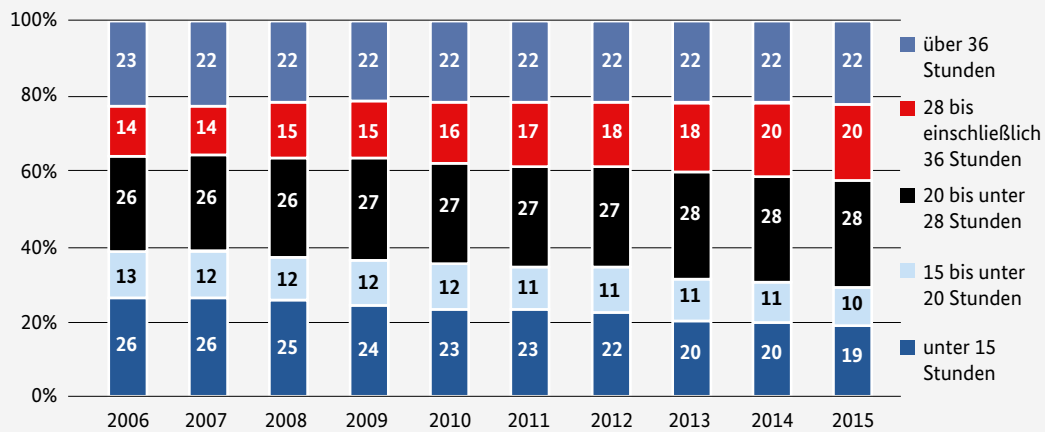
Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006, Berechnung Prognos AG. Bei dem Erwerbsumfang sind die normalerweise in einer Woche geleisteten Stunden einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden berücksichtigt. Abweichungen zwischen Erwerbstätigenquoten und der Summe der Angaben zu den Erwerbsumfängen sind rundungsbedingt.

Während die Erwerbsbeteiligung der Mütter stetig zunahm und inzwischen auch im internationalen Vergleich hoch ist, besteht bei den wöchentlichen Arbeitszeiten weiterhin die Tendenz zur dauerhaften Teilzeitbeschäftigung.⁹ Insgesamt hat sich der durchschnittliche wöchentliche Erwerbsumfang von Müttern zwischen 2006 und 2015 zwar von 25,5 auf 26,1 Stunden erhöht.¹⁰ Dennoch arbeiten nach wie vor rund vier Fünftel der erwerbstätigen Mütter in Teilzeit unter 36 Wochenstunden (siehe Abbildung 3).

9 Vgl. OECD (2016): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, OECD Publishing, Paris.

10 Berechnung Prognos AG auf Basis der Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006.

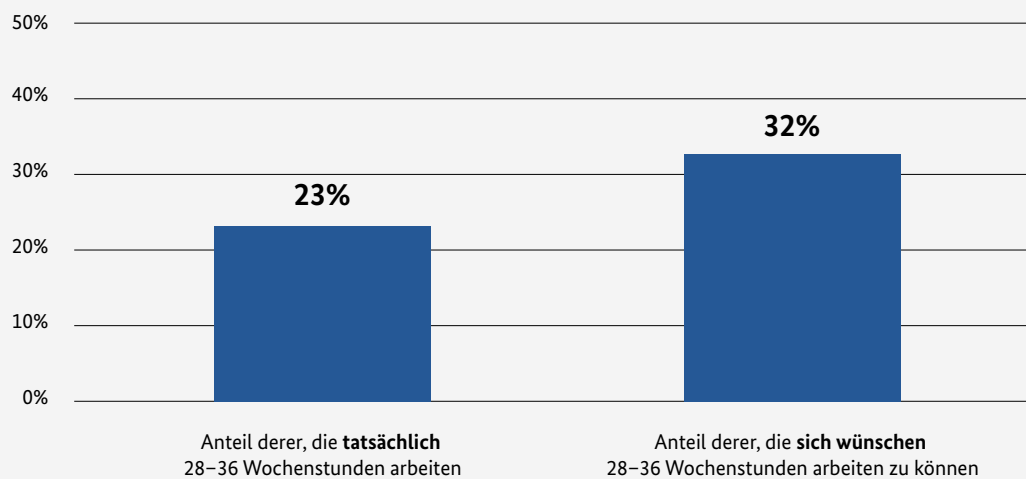
Abbildung 3: Entwicklung der ausgeübten Erwerbstätigkeit von erwerbstätigen Müttern in Partnerschaft mit jüngstem Kind unter 18 Jahren im Haushalt nach wöchentlichem Erwerbsumfang, 2006–2015, in Prozent



Quelle: Mikrozensus-Sonderauswertung f203_006, Berechnung Prognos AG.

Die ausgeübte Arbeitszeit entspricht nicht immer den tatsächlichen Arbeitszeitwünschen der Erwerbstätigen. Ein Drittel der Mütter wünscht sich eine Wochenarbeitszeit zwischen 28 und 36 Stunden, aber nur 23 Prozent arbeiten tatsächlich in diesem Stundenumfang (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Durchschnittliche tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeiten von erwerbstätigen Müttern mit jüngstem Kind unter acht Jahren, 2015



Quelle: SOEP v32, Berechnungen Prognos AG.

Diese Erwerbsmuster führen u. a. dazu, dass berufliche Entwicklungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft, Karrierewege nicht beschritten werden und der Wirtschaft wertvolle Potenziale verloren gehen.

Hier setzt nun ein Wandel von Arbeits- und Arbeitszeitkultur ein. Denn das gängige Modell – Mutter kurze Teilzeit, Vater Vollzeit plus Überstunden – entspricht oft nicht den Wünschen der Familien: Viele junge Menschen wollen sich heute Familie und Beruf partnerschaftlich

teilen. Von den jungen Eltern befürworten 60 Prozent ein Lebensmodell, in dem beide Elternteile in gleichem Umfang erwerbstätig sind und sich gleichermaßen um Familie und Beruf kümmern. Noch gelingt es jedoch nur einer Minderheit von 14 Prozent, dieses Lebensmodell umzusetzen.¹¹

Gesamtwirtschaftliche Modellrechnungen zeigen, dass bei einer partnerschaftlichen Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit die Arbeitszeitenerhöhung der Mütter die Arbeitszeitenreduktion der Väter überkompensiert. Im Ergebnis würde sich die Fachkräftelücke bis zum Jahr 2030 um etwa 120.000 Erwerbstätige oder rund 4 Prozent verkleinern.¹²

Familienfreundliche Arbeitswelt

Um das Arbeitszeitvolumen von Müttern weiter zu steigern, ihre Qualifikationen zu nutzen und ihren Wünschen nach beruflichem Fortkommen Rechnung zu tragen, ist eine familienfreundliche Arbeitswelt mit innovativen Arbeitszeitmodellen notwendig. Diese müssen sich verstärkt auch an Väter und somit an beide Elternteile richten. Denn wer es ermöglichen will, dass Mütter mehr arbeiten, muss Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf so ausgestalten, dass beide Elternteile die Familiensorge partnerschaftlich teilen können.

Diese Zusammenhänge sind vielen Unternehmen und ihren Verbänden BDA, DIHK und ZDH nicht verborgen geblieben. Sie engagieren sich deshalb seit einigen Jahren verstärkt u.a. im Unternehmensprogramm *Erfolgsfaktor Familie* sowie vieltausendfach in *Lokalen Bündnissen für Familie* und in einem spezifischen Unternehmensnetzwerk.¹³ Regelmäßig werden Entwicklungen in einem vom IW Köln erhobenen Unternehmensmonitor dokumentiert.¹⁴ In einem programmatisch angelegten Memorandum wurden 2016 gemeinsame Fortschrittsziele formuliert.¹⁵ Dass ungeachtet vieler Anstrengungen noch viel zu tun bleibt, hat zuletzt eine Studie des WZB belegt. Die Studie zeigt, dass eine egalitäre Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit eher dann gelingt, wenn Eltern in Betrieben arbeiten, in denen familienpolitische Angebote an alle Beschäftigten und nicht „nur“ an Frauen oder Eltern gerichtet sind; derzeit arbeitet etwa ein Fünftel aller Eltern kleiner Kinder in Deutschland in solchen Betrieben.¹⁶

11 Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen. Meinungen. Erwartungen. Wiesbaden; vgl. DIW (2013): Wochenbericht Nr. 46/2013, S. 4.

12 Prognos AG (2017): Familienarbeitszeit und Fachkräftesicherung (im Erscheinen).

13 Vgl. <https://www.erfolgsfaktor-familie.de/>.

14 IW Köln i. A. BMFSFJ (2016): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2016.

15 BMFSFJ (2016): Memorandum Familie und Arbeitswelt – Die NEUE Vereinbarkeit (https://www.erfolgsfaktor-familie.de/fileadmin/ef/Wissenplattformfuer_die_Praxis/Memorandum-Familie-und-Arbeitswelt.pdf, letzter Abruf am 15.03.2017).

16 Janine Bernhardt, Lena Hipp, Jutta Allmendinger (2016): Warum nicht fifty-fifty? Betriebliche Rahmenbedingungen der Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit in Paarfamilien, in: WZB Discussion Paper SP I 2016-501.

Insofern sind Unternehmen gut beraten, wenn sie wissenschaftlich gestützte Erkenntnisse beachten. Danach erzielen betriebliche Investitionen in vereinbarkeitsfreundliche Maßnahmen im Durchschnitt eine Rendite von 25 bis 30 Prozent. Durch intelligente Maßnahmen, vornehmlich auf die Unternehmenskultur abzielend, kann die Rendite im Sinne einer „Neuen Vereinbarkeit“ sogar auf bis zu 60 Prozent gesteigert werden.¹⁷

Chancen für 2030¹⁸

Ein zentraler individueller und gesamtwirtschaftlicher Nutzen familienpolitischer Maßnahmen – oder von Investitionen in Familie – ist es, dass Mütter und Väter ihre Erwerbswünsche besser realisieren können. So wirkten bisher – wie in der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland nachgewiesen wurde – vor allem die Kinderbetreuung und das Elterngeld stark positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf eine partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbstätigkeit. Damit verbunden sind positive Effekte auf das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsniveau und die Wertschöpfung.

Geht man nun davon aus, dass sich die zentralen Trends der vergangenen zehn Jahre entsprechend den Lebenswünschen und Zielen der Mütter und Väter, wie sie Familie (er-)leben möchten, weiterentwickeln, dann zeigt sich ganz eindeutig: Immer mehr Eltern wollen ihre Familienaufgaben und ihre Erwerbstätigkeit partnerschaftlich aufteilen.

Um den Wünschen der Mütter und Väter besser gerecht zu werden, müssen zusätzliche familienpolitische Impulse gesetzt werden im Bereich der Schulkindbetreuung, der Förderung partnerschaftlicher Aufgabenteilung von Familie und Beruf, der Unterstützung von Geringverdienerefamilien sowie der Besteuerung von Familien. Dies vorausgesetzt, kann für das Jahr 2030 ein „Szenario der genutzten Chancen“ (Chancen-Szenario) erwartet werden, in dem Mütter ihre Erwerbstätigkeit weiter ausbauen und Väter etwas weniger arbeiten und mehr Zeit für die Familie verwenden können.

Konkrete Berechnungen zeigen: Gelingt es, den Wünschen der Mütter und Väter zu entsprechen, wird sich die sozioökonomische Situation von Familien im Jahr 2030 deutlich verbessert haben. Im Chancen-Szenario ergibt sich, dass 1) das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Familien zusätzlich zur allgemeinen Preissteigerung um rund 1.400 Euro steigen kann, 2) die Zahl der Eltern und Kinder, die armutsgefährdet sind, um rund 470.000 Personen zurückgehen kann, 3) die Zahl der Personen in Haushalten mit SGB-II-Bezug sogar um rund 670.000 Personen sinken kann und 4) rund 790.000 Mütter mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein können.

17 Vgl. Roland Berger i. A. BMFSFJ (2016): Renditepotenziale der NEUEN Vereinbarkeit.

18 Vgl. Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030 (Langfassung unter https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/160928_Langfassung_Zukunftsreport_Familie_2030_final.pdf, letzter Abruf am 15.03.2017).

Eine Weiterentwicklung der Familienpolitik hat somit positive Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Der Anstieg der Erwerbstätigenquote sowie der Erwerbsumfänge führen zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens um mehr als 3 Prozentpunkte. Das Bruttoinlandsprodukt kann damit um rund 70 Mrd. Euro höher liegen.

Diese Zahlen belegen die Aussagen des Bundesministeriums der Finanzen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, wonach eine zielgenaue Gestaltung familienbezogener Leistungen Wachstum und Beschäftigung in Deutschland weiter verbessern und durch Refinanzierungseffekte positive Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen entfalten kann.¹⁹

¹⁹ Vgl. BMF (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums.

3.

Wirkungen einer guten Infrastruktur für Familien

Zeitpolitik gehört zum Instrumentarium der familienbezogenen Leistungen. In diese Kategorie fallen zum einen die Elternzeit und das Elterngeld, die jungen Eltern in der frühen Familienphase Optionen und Sicherheit verschaffen. Eine zusammenfassende Auswertung primär ökonomischer Studien zeigt, dass das Elterngeld als Lohnersatzleistung die wirtschaftliche Stabilität junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes im Durchschnitt erhöht. Die Erwerbstätigkeit von Müttern im ersten Lebensjahr nach Geburt hat durch das Elterngeld ab- und im zweiten Lebensjahr zugenommen.²⁰

Zum anderen gibt es vor Ort zeitpolitische Gestaltungsspielräume für Familien.

Aspekte einer lokalen Zeitpolitik für Familien²¹

Zeitprobleme von Familien resultieren häufig daraus, dass sich verschiedene für die Familien relevante Zeitstrukturen schlecht miteinander in Einklang bringen lassen. So sind etwa Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, Arbeitszeiten und Fahrzeiten im öffentlichen Nahverkehr schlecht aufeinander abgestimmt. Verbesserte Möglichkeiten für die Zeitgestaltung von Familien können vorwiegend auf lokaler Ebene geschaffen werden, insbesondere durch eine bessere Abstimmung der lokalen Zeitstrukturen und eine bedarfsgerechte Gestaltung zeitlicher Unterstützungsangebote für Familien.

Eine Systematisierung entsprechender Ansatzpunkte einer lokalen Familienzeitpolitik wurde vom IW Köln für eine empirische Studie über Kosten und Nutzen entwickelt.



20 Vgl. Mathias Huebener, Kai-Uwe Müller, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2016): Zehn Jahre Elterngeld: Eine wichtige familienpolitische Maßnahme, in: DIW Wochenbericht Nr. 49.2016.

21 Vgl. IW Köln & Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (2017): Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik – Kurzfassung (im Erscheinen).

Insgesamt sechs zeitpolitische Ansatzpunkte wurden untersucht:²²

Anhand einer Online-Befragung von Familien mit Kindern unter 15 Jahren wurden Analysen mit je drei Reformvarianten durchgeführt. So wurden beispielsweise für die Maßnahme „Flexibilisierung des Arbeitsorts“ eine mittlere Reformvariante („Arbeiten von zu Hause ist im Einzelfall möglich“) und eine maximale Reformvariante („Arbeiten von zu Hause ist regelmäßig möglich“) entwickelt; die Referenzsituation war „Arbeiten von zu Hause ist grundsätzlich nicht möglich“. Die befragten Familien sollten sich einer der drei Varianten zuordnen und angeben, wie sich eine Verbesserung oder Verschlechterung hin zu einer anderen Kategorie auf ihre Arbeitszeiten auswirken würde. Für die mittleren Reformvarianten zeigen sich jeweils die folgenden zeitbezogenen Effekte:

- **Ausweitung von Betreuungszeiten in Kita, Kindergarten und Grundschulen in den Nachmittag:** Eine durchgängige Betreuung der Kinder bis in den Nachmittag (z. B. bis 15:00 Uhr) ermöglicht den Eltern pro Woche rund zwei Stunden mehr Zeit für die Familie und vier Stunden mehr Erwerbszeit.
- **Koordinierung von Betreuungsangeboten zu Randzeiten:** Hier lägen die Zeitgewinne bei rund 1,5 Stunden für die Familie und rund 2 Stunden für die Erwerbsarbeit pro Woche.
- **Sicherung von Schulwegen:** Durch die größere Mobilität und Selbstständigkeit der Kinder bei an gefährlichen Stellen gesicherten Verkehrswegen würden Eltern jeweils rund 45 Minuten pro Woche für Familien- und Erwerbsarbeit gewinnen.
- **Ausbau des ÖPNV-Angebots zu typischen Arbeitszeiten:** Hier lägen die Effekte bei rund 2,5 Stunden für die Familie und 1,5 Stunden für die Erwerbsarbeit, wenn eine Mindesttaktung von 30 Minuten erreicht würde.
- **Flexibilisierung der Arbeitszeit:** Wenn Arbeitszeiten im Umfang von nur ein bis zwei Stunden selbst gestaltet werden können, liegen die Zeitgewinne für beide Partner im Durchschnitt bei je einer halben Stunde für Familie und Erwerbsarbeit pro Woche. Betrachtet man nur die Eltern, bei denen flexible Arbeitszeit möglich ist, liegen die Zeitgewinne deutlich über einer Stunde.
- **Flexibilisierung des Arbeitsorts:** Die Möglichkeit, fallweise von zu Hause arbeiten zu können, würde durchschnittliche Zeitgewinne von je 20 Minuten für die Familien- und Erwerbsarbeit pro Woche bringen. Betrachtet man auch hier nur die Eltern, bei denen Heimarbeit grundsätzlich möglich ist, liegen die Zeitgewinne jeweils deutlich über einer Stunde.

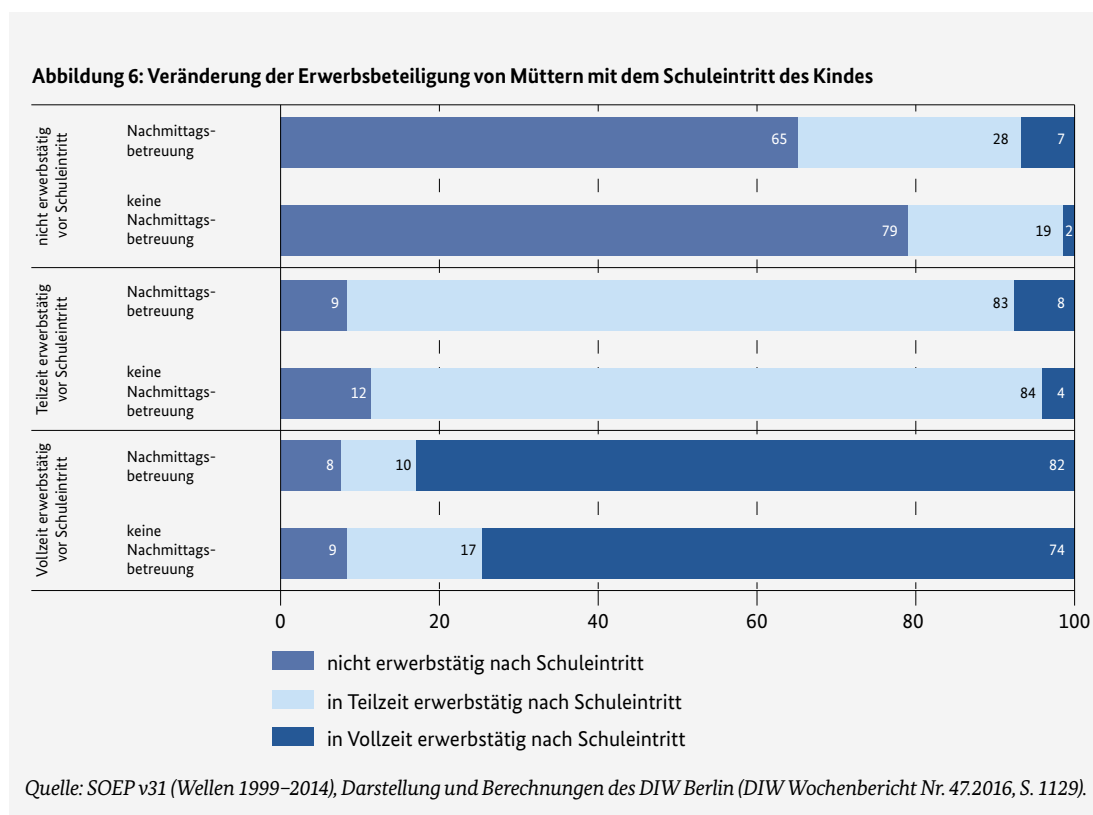
Fokus auf Betreuung und Müttererwerbstätigkeit

Grundlegende Untersuchungen im Rahmen der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen und aktuelle methodisch verfeinerte Ansätze bestätigen die positiven Effekte der öffentlich geförderten Kinderbetreuung auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mütter, die für die Betreuung ihres unter 3-jährigen Kindes u. a. externe Angebote nutzen, haben eine um 35 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit als andere Mütter, erwerbstätig zu sein. Sie arbeiten im Schnitt zwölf Stunden pro Woche mehr als Mütter, die entsprechende Angebote nicht nutzen. Diese Effekte kommen vor allem dadurch zustande, dass Mütter aus der Nichterwerbstätigkeit

22 IW Köln & Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (2017): Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik – Kurzfassung (im Erscheinen).

herausgehen und eine Beschäftigung aufnehmen. Ähnliche Ergebnisse finden sich für Mütter, die eine externe Kinderbetreuung für ihr drei- bis unter sechsjähriges Kind, und auch für Mütter, die Ganztagesbetreuungsangebote für ihr Schulkind nutzen.^{23,24}

Der Betreuungsbedarf von Kindern endet nicht mit der Einschulung. Das DIW hat daher die Grundschulzeit in den Fokus einer Untersuchung gestellt und untersucht, wie nachmittägliche Betreuungsmöglichkeiten für Grundschul Kinder mit der Erwerbstätigkeit von Müttern zusammenhängen. Abbildung 6 zeigt, dass Mütter, die vor dem Schuleintritt des Kindes nicht erwerbstätig waren, häufiger in die Erwerbstätigkeit einsteigen, wenn das Kind auch nachmittags eine Schule besucht. Auch für Mütter, die vor dem Schuleintritt ihres Kindes vollzeiterwerbstätig waren, zeigt sich, dass sie häufiger als andere Mütter in der Vollzeittätigkeit verbleiben, wenn ihr Kind nachmittags betreut wird.



Ein weiteres zentrales Ergebnis ist, dass die institutionalisierte Nachmittagsbetreuung von Erstklässlerinnen und Erstklässlern in Ganztagschulen oder Horten dafür sorgt, dass mehr als 11 Prozent der Mütter, die vor der Einschulung ihres Kindes nicht berufstätig waren, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Mütter, die bereits zuvor einem Job nachgingen, weiten ihre Arbeitszeit um durchschnittlich zweieinhalb Stunden pro Woche aus.²⁵

23 Vgl. Helmut Rainer et al. (2011): Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht 59.

24 Vgl. Stefan Bauernschuster et al. (2016): Children of a (Policy) Revolution: The Introduction of Universal Child Care and Its Effect on Fertility, in: Journal of the European Economic Association (2016) 14 (4): 975–1005.

25 Vgl. Ludovica Gambaro, Jan Marcus, Frauke Peter (2016): Ganztagschule und Hort erhöhen die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Grundschulkindern, in: DIW Wochenbericht 47/2016, S. 1123–1131.

4. Renditen von Investitionen für Familien

Der Ausbau von Ganztagsbetreuung erleichtert es Frauen mit Kindern, ihre Erwerbstätigkeit auszuweiten. Im Ergebnis steigt die Anzahl der Personen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen und deren Umfang ausdehnen. Mit dem zusätzlichen Einkommen, das die Mütter erwirtschaften, steigen auch die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen und die Notwendigkeit, Sozialtransfers zu zahlen, geht zurück. So ermitteln die Studien der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen Selbstfinanzierungsquoten, also den Anteil an zusätzlichen Einnahmen sowie Ausgabensenkungen an den gesamten (laufenden) Ausgaben, die zwischen 41 und 48 Prozent im Krippen- und Kindergartenbereich und zwischen 66 und 99 Prozent im Bereich der Betreuung in Ganztagschulen liegen.²⁶

Neuere Studien bestätigen und vertiefen diese Erkenntnisse im Hinblick auf Amortisationszeiten und Verteilungs- und Generationengerechtigkeit entsprechender Ausbauprogramme für die Ganztagsbetreuung.²⁷ Als direkte Wirkfaktoren sind 1) der bessere Bildungserfolg der Kinder, der zeitverzögert die Anzahl der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufs- oder Hochschulausbildung steigert, sowie 2) die positiven Arbeitsangebotseffekte der Mütter zu nennen. Die Studie von Krebs und anderen (2016) geht davon aus, dass derzeit im Durchschnitt etwa 40 Prozent der 8,5 Mio. Kinder zwischen 3 und 14 Jahren eine öffentliche Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen, aber für ungefähr 80 Prozent dieser Altersgruppe ein Bedarf besteht. Dies entspricht einem zusätzlichen Bedarf von 3,4 Mio. Ganztagsplätzen. Rechnet man Schulkinder im Alter von 15 bis 18 Jahren mit ein, ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von vier Mio. Ganztagsplätzen. Das dem untersuchten Investitionsprogramm zugrunde gelegte Ausbauziel mit vier Mio. zusätzlichen Ganztagsplätzen entspricht somit dem geschätzten Bedarf. Für den angenommenen Ausbau werden einmalige Investitionskosten von 20 Mrd. Euro und laufende Kosten von 6 Mrd. Euro angenommen – zusammen verteilen sie sich auf 10 Mrd. Euro p. a. in den ersten fünf und 6 Mrd. Euro in den folgenden Jahren.

Im Ergebnis einer Berechnung von gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Investitionen in Ganztageeinrichtungen in der Frist von 20 Jahren zeigt sich: Der entstehende Beschäftigungszuwachs von +520.000 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) ist auf eine Reduktion der Arbeitslosigkeit (-218.000 Personen) – insbesondere bei Alleinerziehenden –, auf eine Abnahme von atypischer Beschäftigung (-220.000 VZÄ) sowie langfristig auf den Bildungserfolg der betroffenen (Schul-) Kinder bzw. die sinkende Zahl der Erwerbspersonen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung zurückzuführen. Selbst wenn der Bildungseffekt ausbliebe, wären positive Beschäftigungseffekte von rund + 470.000 VZÄ zu erwarten. Die Investition in Ganztagsbetreuung trägt also zu inklusivem Wachstum bei, weil sie nicht nur das Wirtschaftswachstum fördert, sondern Alleinerziehende und atypisch Beschäftigte von diesem Wachstum besonders profitieren und ihre sozialen Teilhabemöglichkeiten erhöhen.

26 Vgl. Helmut Rainer et al. (2011): Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht 59.

27 Vgl. Tom Krebs et al. (2016): Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland.

Öffentliche Investitionen in Ganztagskindergärten und -schulen belasten einerseits den öffentlichen Haushalt durch einmalige Investitionen und laufende Betriebskosten; andererseits werden durch resultierende Beschäftigungs- und Lohneffekte Steuern und Sozialabgaben gesteigert und die Ausgaben für Sozialleistungen reduziert. In der Summe lohnen sich die Investitionen in Kitas und Schulen: Bereits nach sechs Jahren entstehen dadurch Budgetüberschüsse; die fiskalische Amortisationszeit des Investitionsprogramms beträgt elf Jahre.

Wohlstandsgewinne würden sich durch eine Steigerung des BIP um 1,1 Prozent gegenüber heute zeigen. Die fiskalischen Nettoeinnahmen liegen nach 20 Jahren bei 10.634 Mrd. Euro.

Asymmetrie von Ausgaben und Einnahmen in der kommunalen Familienpolitik²⁸

Indem der höhere Erwerbsumfang der Familien bereits unmittelbar zu einem Mehr an Steuern und Sozialabgaben führt, tragen familienbezogene Investitionen zu einer Stabilisierung der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme bei. Fiskalische Verteilungsanalysen zeigen, dass davon ein relativ kleiner Teil in den Kommunen ankommt, die den Großteil der Ausgabenlast tragen. Ein Rechenbeispiel zeigt: Geht man von einem durchschnittlichen Brutostundenverdienst von 20,44 Euro aus, so ergeben sich inklusive der Steuern auf den nachgelagerten Konsum und die Unternehmensgewinne bei einer Ausweitung der Arbeitszeit um eine Stunde 17,30 Euro Mehreinnahmen für die öffentliche Hand. Davon entfällt mit 8,05 Euro beinahe die Hälfte auf die Sozialversicherungen. Dem Bundeshaushalt kommen 3,99 Euro, dem Landeshaushalt 3,64 Euro und den kommunalen Haushalten 1,61 Euro zugute. Diese Verteilung erschwert es also insbesondere Kommunen mit ungünstiger Haushaltslage, eine gelingende kommunale Familienpolitik zu etablieren.

²⁸ Vgl. IW Köln & Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (2017): Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik – Kurzfassung (im Erscheinen).

5.

Fazit: Inklusives Wachstum als Strategiefad

Der ab 2004 betriebene Paradigmenwechsel der Familienpolitik der Bundesregierung beinhaltet als zentrale Maßnahmen den Ausbau der Kinderbetreuung, die Einführung des Elterngeldes sowie den Kinderzuschlag, der Familien mit geringen Einkommen finanziell unterstützt und zur Erwerbstätigkeit ermutigt und damit dem Prinzip des Förderns und Forderns folgt. Rund 14 Jahre später sind die Effekte bei den von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit maßgeblichen wissenschaftlichen Expertisen als relevant erachteten Wirkungszielen evident.

Die Bevölkerung andererseits ist hochzufrieden mit einer derart betriebenen Politik – so die Ergebnisse einer Zeitreihe des Instituts für Demoskopie Allensbach. Dieser Aspekt ist zwar nicht explizit ökonomischer Natur, aber zu den Rahmenbedingungen eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes gehört auch eine möglichst hohe Akzeptanz der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung.

Als es um die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ging, waren sich die tragenden Kräfte der damaligen Bundesregierung darin einig, dass als Teil des sogenannten Rettungspaketes Leistungen für Familien ausgebaut wurden. Auch der Finanzminister war durch Wahrnehmung ökonomischer Argumente zu der Überzeugung gelangt, dass es sich lohne. Seither gehören entsprechende Aussagen zum Fundus des Tragfähigkeitsberichtes der Bundesregierung.²⁹ Auf der Basis neuer Forschungsergebnisse lässt sich nunmehr noch offensiver argumentieren und handeln.

Wirksame familienbezogene Geldleistungen und öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Zeitpolitik für Familien – namentlich in Betreuungsinfrastruktur – zahlen sich auf drei Ebenen aus: Sie haben positive gesamtwirtschaftliche, fiskalische und verteilungspolitische Effekte.

Familienpolitik muss sich daher weiter an empirischer Evidenz orientieren, internationale Erfahrungen berücksichtigen und darf ökonomische Argumente nicht scheuen. Die Weiterentwicklung der Familienpolitik sollte die Betreuungsqualität und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Blick nehmen ebenso wie neue Zeitregeln, die die gewünschte Partnerschaftlichkeit erleichtern und nicht zuletzt wirksame finanzielle und steuerliche Leistungen, die effektiv und effizient ausgerichtet sind.

²⁹ BMF (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung (<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/03/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-vierter-tragfaehigkeitsbericht-des-bmf.html>, letzter Abruf am 15.03.2017).

So kann die Familienpolitik einen wesentlichen Beitrag zu inklusivem Wachstum und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Deutschland leisten. Und diese Investitionen rechnen sich auch ökonomisch. Insofern ist es Zeit für eine neue familienpolitische Offensive.

Was die Infrastruktur angeht, ist es notwendig, die Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden wegen der Unwucht von Aufwand und Erträgen neu zu organisieren. Eine nennenswerte Vereinbarkeits- und Bildungsrendite für alle föderalen Ebenen ist dann erzielbar.

6. Literatur

Stefan Bauernschuster et al. (2016): Children of a (Policy) Revolution: The Introduction of Universal Child Care and Its Effect on Fertility, in: Journal of the European Economic Association (2016) 14 (4): 975–1005.

Roland Berger i. A. BMFSFJ (2016): Renditepotenziale der NEUEN Vereinbarkeit.

Janine Bernhardt, Lena Hipp, Jutta Allmendinger (2016): Warum nicht fifty-fifty? Betriebliche Rahmenbedingungen der Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit in Paarfamilien, in: WZB Discussion Paper SP I 2016–501.

BMFSFJ (2016): Memorandum Familie und Arbeitswelt – Die NEUE Vereinbarkeit (https://www.erfolgsfaktor-familie.de/fileadmin/ef/Wissenplattformfuer_die_Praxis/Memorandum-Familie-und-Arbeitswelt.pdf, letzter Abruf am 15.03.2017).

BMF (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung (<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/03/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-vierter-tragfaehigkeitsbericht-des-bmf.html>, letzter Abruf am 15.03.2017).

BMF (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums.

Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Familienleitbilder. Vorstellungen. Meinungen. Erwartungen. Wiesbaden; vgl. DIW (2013): Wochenbericht Nr. 46/2013, S. 4.

Johann Fuchs, Markus Hummel, Christian Hutter etc. (2017): Der Arbeitsmarkt stellt neue Rekorde auf. In IAB Kurzbericht 9/2017.

Johann Fuchs, Markus Hummel, Christian Hutter etc. (2016): Arbeitslosigkeit sinkt weiter. In IAB Kurzbericht 20/2016.

Ludovica Gamaro, Jan Marcus, Frauke Peter (2016): Ganztagschule und Hort erhöhen die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Grundschulkindern, in: DIW Wochenbericht 47/2016, S. 1123–1131.

Mathias Huebener, Kai-Uwe Müller, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich (2016):
Zehn Jahre Elterngeld: Eine wichtige familienpolitische Maßnahme, in: DIW Wochenbericht
Nr. 49.2016.

IW Köln i. A. BMFSFJ (2016): Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2016.

IW Köln & Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (2017):
Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik – Kurzfassung (im Erscheinen).

Tom Krebs et al. (2016): Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte
ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland.

OECD (2016): Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf,
OECD Publishing, Paris.

Prognos AG (2014): Endbericht Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen
in Deutschland.

Prognos AG (2015): Chartbook geforderte Generation (<https://www.bmfsfj.de/blob/75924/a0c1457fc2deda8f80594e6564480251/chartbook-geforderte-generation-2015-data.pdf>, letzter
Abruf am 15.03.2017).

Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030 (Langfassung unter https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/160928_Langfassung_Zukunftsreport_Familie_2030_final.pdf,
letzter Abruf am 15.03.2017).

Prognos AG (2017): Familienarbeitszeit und Fachkräftesicherung (im Erscheinen).

Helmut Rainer et al. (2011): Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht 59.

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Autor: Andreas Heimer, prognos AG, im Rahmen des Kompetenzbüros Wirksame Familienpolitik

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: Mai 2017

Gestaltung: www.avitamin.de

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.